

## **Gemeinsamer Aufruf des Solinger Appell, Solingen ist Bunt statt Braun sowie SOS Rassismus e.V.**

Die Sendung des WDR „Die letzte Instanz“, mit dem Moderator Steffen Hallaschka und den Gästen Micky Beisenherz, Thomas Gottschalk, Janine Kunze und Jürgen Milski, zum Thema „Das Ende der Zigeunersauce: Ist das ein notwendiger Schritt?“, hat aktuell wieder einmal bestätigt, wie tief verwurzelt der rassistische Antiziganismus in unserer Gesellschaft ist. Mahn- und Gedenkveranstaltungen, wie wir sie in Solingen seit dem Jahr 2014 durchführen, nachdem am 3. März 2007 das Denkmal an der Korkenziehertrasse von Petra Rosenberg eingeweiht wurde, sind vor diesem Hintergrund ausgesprochen notwendig.

Auch in Solingen gibt es nach wie vor zahlreiche Gaststätten, welche, mehr oder weniger bewusst, das Z-Schnitzel auf ihrer Speisekarte präsentieren und dafür noch Beifall bekommen. Für die absolute Mehrheit der Sinti\*zze und Rom\*nja ist das Z-Wort allerdings eine diskriminierende Fremdbezeichnung, mit der die Nazis sie zu Untermenschen machten. Das „Z“ wurde ihnen in den Konzentrationslagern zwecks Selektierung zur Vernichtung in die Haut tätowiert.

Anlässlich diese Jahrestages rufen wir dazu auf, die Betreibenden solcher Gaststätten hinsichtlich der Betroffenheit der Angesprochenen zu sensibilisieren und mit Ihnen über die geschichtliche, diskriminierende Bedeutung des Begriffs zu reden. Dies kann und soll ein kleiner Beitrag gegen den alltäglichen Rassismus sein.

Aktuell jährt sich der Anschlag von Hanau. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird er als „fremdenfeindlicher“ Anschlag bezeichnet. Die Opfer waren jedoch keine Fremde sondern Deutsche und dazugehörige Menschen, welche hier geboren wurden bzw. hier aufwuchsen. Mercedes, Kaloyan und Vili-Viorel waren Hanauer – und sie waren Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma. Sie waren drei von insgesamt neun Todesopfern, die am 19. Februar 2020 in Hanau einem rechtsterroristischen Mordanschlag zum Opfer fielen. Die Trauer um die Toten schmerzt und lässt auch Sinti und Roma in Angst um ihre Sicherheit zurück.

Sinti\*zze und Rom\*nja leben seit 600 bis 700 Jahren in diesem Land. Sie sind Deutsche. Sie gehören zu uns, als eine Minderheit mit einer eigenen Kultur, wie Katholiken, Protestanten, Muslime, Juden und Nicht- oder Andersgläubigen, mit allem, was wir an diesen Traditionen und Überzeugungen, als positiv oder negativ empfinden.

Weiter klagen wir die Abschiebep Praxis an, wonach vor allem Rom\*nja in sogenannte „sicher Herkunftsländer“ abgeschoben werden, die für sie alles andere als sicher sind. Die deutschen Behörden müssen endlich internationales und EU-Recht einhalten, statt das Recht auf Asyl für migrations-politische Zwecke auszuhöhlen. Dies bekräftigt auch das Bundesverfassungsgericht, weil die Menschenwürde nicht migrations-politisch zu relativieren ist. Ein Land darf dementsprechend erst dann als sicher eingestuft werden, wenn dessen Menschenrechtssituation – und nicht nur die Gesetzeslage – eingehend und durch unabhängige Stellen untersucht worden ist. Dies muss auch eine Prüfung der besonderen Situation von Minderheiten und gefährdeten Gruppen einschließen.

- Deshalb unterstützen wir die Forderung für Sinti und Roma ähnliche Kontingente zu schaffen wie für die Zuwanderung jüdischer Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion. Selbstverständlich ergibt sich aus der Verantwortung gegenüber den Opfern des Holocausts und deren Nachfahren, dass ihnen gerade hier Schutz vor Verfolgung gewährt wird.

Ein weiterer Schritt wäre die Schaffung bzw. der gezielte Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in der EU, gerade auch für Geringqualifizierte. Mit Arbeitsvisa erhielten MigrantInnen aus den Balkanländern, wie zum Beispiel Roma, die Möglichkeit, ihren

Familien mithilfe einer sicheren und legalen Beschäftigung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die EU und Deutschland müssen ihre starken Positionen nutzen und fordern, die Lebensbedingungen der Roma nachhaltig zu verbessern.

Heute, 78 Jahre nach dieser Deportation in den Tod, rufen wir die Solinger und Solingerinnen auf, keine weitere Diskriminierung von Roma und Sinti mehr zuzulassen. Die Herausforderungen der Zuwanderung dürfen nicht ethnisiert werden.

- Stellen Sie sich gegen die rassistischen Parolen der populistischen und extremen Rechten auf der Straße, in den Parlamenten und in den Medien!
- Treten Sie mit uns für eine menschenwürdige Versorgung, ärztliche Behandlung und Unterbringung aller Menschen ein, die bei uns Schutz suchen und in dieser Stadt leben und arbeiten wollen!
- Tragen Sie mit dazu bei, dass die bislang weitgehend vergessene Verfolgung der Sinti und Roma im kollektiven Gedächtnis unserer Stadt bewahrt wird und den nachkommenden Generationen Mahnung und Aufforderung sein wird.